5.2.	05/0186	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Sankt Augustin aus besonderem Anlass am 02.10.2005	FB 1 Bericht bis 31.10.05
------	---------	--	--

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner, dass die Bedenken der Kirchen zur Durchführung des verkaufsoffenen Sonntag ernst genommen worden seien und der hohe Stellenwert dieses Feiertages anerkannt werde. Da eine Öffnung der Verkaufsstellen jedoch erst ab 13.00 Uhr vorgesehen sei, könnten Gottesdienste und religiöse Feiern im Verlauf des vormittags besucht werden. Die CDU-Fraktion sei erfreut, dass der Einzelhandel im HUMA-Einkaufspark auf eigene Kosten eine solche Veranstaltung ausrichte und durchführe. Hiervon könnten auch andere Geschäfte außerhalb des Zentrums profitieren, wenn sie sich dieser Veranstaltung anschließen. Er sprach sich ausdrücklich dafür aus, dass die Kaufkraft an diesem Sonntag in Sankt Augustin verbleibe.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dass eine Zustimmung seiner Fraktion nicht erfolgen werde. Er hob die Wichtigkeit des Sonntages für die Familie sowie die Bedenken der Kirchen hervor, denen sich die SPD-Fraktion anschließen. Er vertrat die Auffassung, dass der vorhandene gesetzliche Rahmen bereits weite Möglichkeiten zur Gestaltung der Öffnungszeiten biete und wies auf die Belastung der Arbeitnehmer durch längere Öffnungszeiten hin. Ferner machte er darauf aufmerksam, dass am gleichen Tag auch in Bonn ein verkaufsoffener Sonntag stattfinden solle. Herr Knülle betonte, dass sich die SPD-Fraktion nicht generell gegen einen verkaufsoffenen Sonntag verschließen, die Veranstaltungen müssten jedoch dabei im Mittelpunkt stehen. Der jetzt geplante Jahrmarkt stelle keinen Bezug zu Sankt Augustin dar. Die Vereine seien nicht eingebunden worden. Auch eigene Gespräche mit dem mittelständigen Einzelhandel in den anderen Ortsteilen hätten ergeben, dass die Veranstaltung nicht als sinnvoll erachtet werde. Die SPD-Fraktion hätte es begrüßt, wenn die Einzelhändler aller Stadtteile für gemeinsame Überlegungen eines verkaufsoffenen Sonntags eingebunden worden wären.

Für die FDP-Fraktion begrüßte Frau Jung die Durchführung des verkaufsoffenen Sonntags mit dem Ziel, Kaufkraft in Sankt Augustin zu binden und zusätzlich nach Sankt Augustin zu holen.

Herr Köhler erläuterte, dass gerade im Hinblick auf die Veranstaltung in Bonn am gleichen Tag der verkaufsoffene Sonntag auch in Sankt Augustin durchgeführt werden müsse, um damit Kaufkraft in Sankt Augustin zu halten, die ansonsten nach Bonn abwandern würde. Von der Veranstaltung gehe zudem ein wirtschaftlicher Impuls aus.

Anschließend ließ der Bürgermeister über die Beschlussempfehlung abstimmen.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin fasst gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2

Buchstabe f GO NW folgenden Beschluss:

Es wird folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

Verordnung
über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
am 02.10.2004,
beschlossen am 08.06.2005, ausgefertigt am _____

Aufgrund des § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluss vom 28.11.1956 (BGBl. I S. 875) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO ArbtG9 vom 25.01.2000 - SGVNW 281) und Nr. 4.6 der dazugehörigen Anlage, jeweils in der bei Erlass dieser Verordnung gültigen Fassung, wird für die Stadt Sankt Augustin aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Sankt Augustin vom 08.06.2005 verordnet:

§ 1

Anlässlich des „Jahrmarktes anno dazumal“ auf dem Karl-Gatzweiler-Platz können Verkaufsstellen im gesamten Stadtgebiet von Sankt Augustin am Sonntag, dem 02.10.2005, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, geöffnet sein.

§ 2

Diese Verordnung gilt für alle Einzelhandelsgeschäfte in gesamten Stadtgebiet von Sankt Augustin.

§ 3

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen der §§ 1 und 2 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält oder in diesen Geschäftszeiten andere als die zugelassenen Waren verkauft.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 24 des Gesetzes über den Ladenschluss mit einer Geldbuße bis zu 500 € geahndet werden.

§ 4

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sankt Augustin, den

Stadt Sankt Augustin
als örtliche Ordnungsbehörde“

32 Jastimmen
12 Neinstimmen